

Das "verdorbene Herz Europas"

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Es ist nicht das erste Mal, dass die Politik versucht, ein grosses europäisches Reich zu errichten. Man spricht von Friedensprojekt und von Gegengewicht zu den anderen grossen Wirtschaftsblöcken. Da eine politische Einigung Europas mit Waffengewalt heutzutage utopisch erscheint, versucht man dies auf viel subtilere Art, mit einer finanziellen Unterjochung vieler Länder, zu erreichen. Vor allem die südeuropäischen Länder wurden wie Rauschgiftsüchtige zuerst mit billigem Geld angefixt und nun sind sie Euro-abhängig. Die Hochzinsländer des Südens wurden in den Euro gelockt, weil damit auch wesentlich tiefere Zinsen für die Beitrittsländer in Aussicht standen. Diese nutzten die Zinsermässigung nicht dazu, ihre bereits damals hohe Verschuldung zu amortisieren, sondern für eine beschleunigte Neuverschuldung. Dank sinkenden Zinsen nahm die Belastung trotz steigenden Schulden nicht zu. Wachstum auf Pump in Form von billigen Hypotheken und Staatsschulden führten während Jahren zu vermeintlichem Wohlstand. Erst als die Kapitalmärkte die uferlose Schuldenmacherei nicht mehr tolerierten und die Anleger höhere Zinsen bzw. Risikoprämien forderten, brachen die Kartenhäuser zusammen. Südeuropa musste im Norden auf Betteltour gehen. Der Norden bzw. die EU diktierte ihnen dafür Reformprogramme. Dass es sich dabei nicht nur um Zufälle handelt, sondern schon Jahre vor der Euro-Einführung so geplant wurde, lässt sich in einem 1995 erschienenen Buch von Bernard Connolly (The Rotten Heart of Europe / Das verdorbene Herz Europas), einem britischen Ökonomen und Währungssachverständigen der EU nachlesen. Connolly sagte damals voraus, dass die europäische Wirtschaft unter Führung französischer Spitzenbeamten reguliert und die Steuerung zentralisiert werden soll. Deshalb werde Frankreich versuchen, sämtliche wichtigen Schlüsselpositionen in internationalen Wirtschaftsgremien zu besetzen, was ihnen auch gelungen ist (WTO, OECD-Steuerbereich und Sitz in Paris, IWF, EZB, EU- und Europarat Sitz in Strassburg). Die Länder des Südens müssten über die gemeinsame Währung, die ihnen keine Abwertungen mehr erlauben würde, um ihre geringere Produktivität wettzumachen, diszipliniert werden. Im Euro gefangen würden sie ins Elend getrieben und müssten sich dann Brüssel beugen. Wie recht Connolly doch hatte! Aber er musste für diese visionären Äusserungen mit seinem Rauswurf aus der EU-Administration büssen. Er wurde in nächtlichen Verhören des EU-Geheimdienstes, der übrigens 2012 über 1000 Beschäftigte aufwies und mehr als EUR 200 Mio. kostete, verhört und auf die Strasse gestellt. Erstmals hat damals auch der Europäische Gerichtshof entschieden, dass es der EU rechtlich erlaubt sei, Personen, die es wagen, die EU-Führung zu kritisieren, aus ihren Funktionen zu entfernen. Soviel zur Redefreiheit in der EU!

Am grossen europäischen Integrationsprojekt Euro soll um jeden Preis, auch unter Inkaufnahme von 58% Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, von 57% in Spanien und von 38% in Italien und Portugal, festgehalten werden. Steuern werden zur Sanierung der Staatshaushalte erhöht und damit die Kaufkraft weiter geschwächt. Die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer und Neugründungen von Existenzen werden durch zusätzliche Abgaben und Auflagen endgültig abgewürgt. Dennoch steigerten die EU-27-Länder ihren Schuldenstand 2012 um nicht weniger als EUR 576 Mrd. Ohne Schuldenschnitt Griechenlands hätte die Zunahme sogar EUR gegen EUR 650 Mrd. bzw. fast EUR 2 Mrd. pro Tag betragen. Selbst Deutschland, das 2012 einen Budgetüberschuss von 0.2% des BIP erzielt hat, verzeichnete eine Zunahme der

Staatsschulden um EUR 81 Mrd. Insgesamt entfielen 93% der Schuldenzunahme auf die 5 grössten EU-Volkswirtschaften. Innert nur 5 Jahren nahm die Verschuldung der EU-27 Staaten um EUR 3'700 Mrd. zu. (+50%) zu. Die Ausreden für die Schuldenmacherei sind vielfältig. Letztlich geht es der Politik aber vor allem darum, Geld zur Verteilung an ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Es geht gewissermassen um Stimmenkauf auf Pump, um an der Macht zu bleiben. Zu diesem Machspiel gehört auch die Ablenkung von der eigenen Unfähigkeit. Am besten eignen sich dafür die Banken oder ein Feind im Ausland, zum Beispiel die Steuerparadiese Schweiz, Liechtenstein, aber auch Luxemburg und Oesterreich.

Es gibt Dinge im Leben, die man erst dann zu schätzen weiss, wenn man sie verloren hat. Dazu gehören die Redefreiheit und der Privatsphärenschutz. Es sind noch nicht einmal 25 Jahre her und ganz Europa scheint vergessen zu haben, dass diese zwei Grundfreiheiten der Menschen in Ostdeutschland und anderen Ostblockländern aufs Übelste missachtet wurden. Wer das Politgeschehen in Europa beobachtet, muss leider feststellen, dass die Redefreiheit und der Privatsphärenschutz erneut bedroht sind und wer diese Grundrechte verteidigt, wird mundtot gemacht. Unter dem Deckmantel Geldwäscherei-Bekämpfung und Steuergerechtigkeit wird das Recht auf Privatsphäre infrage gestellt. Kein Bürger würde es zulassen, dass Beamte freien Zutritt zu seiner Wohnung erhalten, nur weil die Gefahr besteht, dass dieser Bürger Drogen oder Diebesgut versteckt. Aber der Zugriff auf das Privatkonto soll nun wohl zur Alltagsroutine werden. Der Schnüffelstaat ist auch bei uns angekommen.

Jene die am lautesten schreien und anderen unfaire Steuerpraktiken vorwerfen, die 2'500 OECD-Beamten mit ihren schwarzen Listen in Paris, wie auch rund 22'000 Funktionäre ausländischer und internationaler Institutionen in der Schweiz, bezahlen selbst keine Steuern. Steuerfreiheit ist offensichtlich ein legales Privileg für staatliche Beamte, während Normalbürger im In- und Ausland wie Verbrecher verfolgt werden und dem Staat freien Zugang zu ihren Bankkonti gewähren sollen. Die EU-Beamtendiktatur wird nach und nach zur Realität. Wie recht Bernard Connolly doch hatte!

31.5.2013